

Bauliche Maßnahmen für Behinderte und alte Menschen im öffentlichen Bereich

Planungsgrundlagen

Straßen, Plätze und Wege

DIN
18 024
Blatt 1

Construction measures for disabled persons and old human beings in the public field; design principles; streets, places and ways

Zur Rehabilitation der Behinderten und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der alten Menschen wurden in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen auf vielen Bereichen unternommen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg aller Maßnahmen ist jedoch das Vorhandensein einer hindernisfreien baulichen Umwelt, und zwar nicht nur in der Wohnung oder am Arbeitsplatz, sondern auch im gesamten öffentlichen Bereich, das heißt auf Straßen, Plätzen und Wegen sowie in öffentlich zugängigen Gebäuden. Ziel ist eine weitgehende Unabhängigkeit von fremder Hilfe.

Außerdem erfordert die infolge höherer Lebenserwartung steigende Anzahl alter Menschen die Berücksichtigung der für Behinderte geltenden baulichen Anforderungen in größerem Maße als bisher.

Die Vermeidung und Beseitigung baulicher Hindernisse trägt, über die spezielle Aufgabe der Rehabilitation und Integration hinaus, ganz allgemein zur Rehumanisierung des Städtebaus und zur Schaffung einer menschengerechten Umwelt wesentlich bei.

In Blatt 1 dieser Norm sind Maßnahmen genannt, die den Behinderten und alten Menschen größere Bewegungsfreiheit und Sicherheit auf Straßen, Plätzen und Wegen ermöglichen. Die Vorteile dieser Maßnahmen kommen zugleich allen anderen Personengruppen, insbesondere Personen mit Kinderwagen oder Traglasten zugute.

Die Maßnahmen sind nicht nur bei Neubauten, sondern auch bei allen baulichen Veränderungen anzuwenden.

1. Gehwege

1.1. Gehwege müssen mindestens 150 cm, Gehwege an Sammelstraßen mindestens 200 cm breit sein. Die lichte Breite darf allenfalls durch Verkehrszeichen, Masten oder Bäume, jedoch nicht durch Baulichkeiten und andere Gegenstände, eingeschränkt sein.

Auf die „Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen“ (RAST)¹⁾ wird hingewiesen.

1.2. Das Parken auf dem Gehweg darf nur zugelassen werden, wenn neben den geparkten Fahrzeugen die erforderliche Gehweg-Mindestbreite erhalten bleibt.

1.3. Gehwege an anbaufreien Durchgangstraßen sind gegen die Fahrbahn durch einen ausreichend breiten Schutzstreifen abzugrenzen.

1.4. Gehwege mit mehr als 6 % Längsgefälle sind mit einer griffigen Oberfläche zu versehen. Gehwege mit mehr als 8 % Längsgefälle sind zu vermeiden, soweit nicht zwingende topografische Gegebenheiten entgegenstehen.

1.5. Im Gehwegbereich sind an geeigneten Stellen Ruheplätze mit Sitzbänken anzuordnen.

2. Bordhöhen

2.1. In Anliegerstraßen und Sammelstraßen soll die Höhe der Borde zwischen Gehweg und Fahrbahn auf mindestens 6 cm und höchstens 14 cm begrenzt sein.

2.2. An Fußgängerüberwegen sind die Borde nach Möglichkeit auf 3 cm abzusenken.

2.3. Eine Abschrägung lediglich der Bordkanten reicht nicht aus und ist wegen der Sturzgefahr für Fußgänger unzulässig.

2.4. Borde sind durch Verwendung farbigen Materials optisch abzusetzen. Das gilt insbesondere für abgesenkte Borde nach Abschnitt 2.2.

3. Fußgängerüberwege

3.1. An Fußgängerüberwegen sind die Borde nach Abschnitt 2.2. abzusenken.

3.2. Die Markierungen der Fußgängerüberwege auf der Fahrbahn (Zebrastreifen, Leitlinien und dgl.) sind dauerhaft auszubilden. Für die Beleuchtung der Fußgängerüberwege ist DIN 67 523 zu beachten. Eine von der übrigen Straßenbeleuchtung abweichende Lichtfarbe ist erwünscht.

3.3. Zum etappenweisen Überqueren von breiten Straßen — insbesondere mit insgesamt mehr als 3 Fahrstreifen — wird die Anordnung von Fußgängerschutzinseln empfohlen.

3.3.1. Der Fußgängerüberweg über eine Schutzinsel muß mindestens 300 cm breit angelegt sein. Eine Breite von mindestens 400 cm ist erwünscht.

Die Hochborde der Schutzinsel sind im Bereich des Fußgängerüberweges nach Abschnitt 2.2 abzusenken. Abschnitt 2.4 ist zu beachten.

¹⁾ Zu beziehen über die Forschungsgesellschaft für das Straßenbauwesen, 5 Köln, Maastrichter Str. 45

Fortsetzung Seite 2

3.3.2. Die Tiefe der Schutzinsel — d. h. die Abmessung der Insel in Gehrichtung — sollte im Bereich des Fußgängerüberweges 250 cm²⁾ betragen. Ein Mindestmaß von 160 cm darf keinesfalls unterschritten werden.

3.3.3. Die Schutzinsel ist durch ein Verkehrszeichen, das auf die Vorbeifahrt hinweist, zu sichern. Die Beleuchtung des Verkehrszeichens ist erwünscht.

4. Fußgängerüberwege mit Lichtzeichenregelung

4.1. Zum Überqueren verkehrsreicher Fahrbahnen sollten an geeigneten Stellen lichtzeichengeregelte Fußgängerüberwege, deren Lichtzeichenanlage vom Fußgänger selbst geschaltet werden kann, angeordnet werden. Der Schalter sollte in 105 cm Höhe angebracht sein.

An Fußgängerüberwegen in der Nähe von Blindenzentren und Altersheimen sind zusätzliche akustische Signale zweckmäßig. Voraussetzung ist, daß Verwechslungen — z. B. an Straßenkreuzungen — ausgeschlossen sind.

4.2. An Fahrbahnen, die wegen entsprechender Lichtzeichenregelung vom Fußgänger etappenweise überquert werden müssen, sind die hierfür erforderlichen Schutzinseln nach Abschnitt 3.3 zu bemessen und auszustatten.

5. Fußgängerüberwege in zweiter Ebene

5.1. Wenn Fußgängerüberwege in einer zweiten Ebene angelegt werden müssen (Unter- oder Überführung), sind außer den Treppen auch Rampen oder vertikale Beförderungsmittel vorzusehen.

5.1.1. Treppen dürfen nicht gewendelt sein. Sie sind in ihrer ganzen Länge und beidseitig mit Handläufen auszustatten. Gegebenenfalls sind Zwischenpodeste zum Ausruhen einzufügen.

Die Treppen müssen, zwischen den Handläufen gemessen, mindestens 150 cm breit sein. Eine Breite von mindestens 250 cm wird empfohlen.

Die Stufen sind mit griffiger Oberfläche zu versehen. Vorkragende Trittstufen sind zu vermeiden. Ein Steigungsverhältnis von 16/31 cm ist zweckmäßig.

Die Handläufe müssen guten Zugriff und festen Halt bieten.

5.1.2. Rampen — als Zugang zu Unter- oder Überführungen — dürfen ein Gefälle von 8 % nicht überschreiten. Sie sind in ihrer ganzen Länge und beidseitig mit Handläufen auszustatten. Rampen müssen — zwischen den Handläufen gemessen — mindestens 150 cm breit und mit griffiger Oberfläche versehen sein.

5.2. Unter- und Überführungen, Treppen und Rampen sind zu beleuchten.

5.3. Es wird empfohlen, Überführungen, Treppen und Rampen gegen Vereisung mit einer Gehwegheizung auszustatten.

5.4. Durch Beschilderung ist auf das Vorhandensein nicht nur der Unter- oder Überführung, sondern auch der Rampen aufmerksam zu machen.

6. PKW-Stellplätze

6.1. 3 % der Pkw-Stellplätze auf öffentlichen Parkplätzen sollten für Schwerbehinderte (Gehbehinderte oder Rollstuhlfahrer) reserviert werden.

6.2. Die für Schwerbehinderte reservierten Pkw-Stellplätze sind, um den Ein- und Ausstieg zu ermöglichen, 350 cm breit anzulegen.

Schmalere Stellplätze sind zulässig, wenn parallel eine freie Fläche von mindestens 150 cm Breite — z. B. ein Gehweg — vorhanden ist.

6.3. Durch Beschilderung ist auf das Vorhandensein der Pkw-Stellplätze für Schwerbehinderte aufmerksam zu machen.

6.4. Der Zugang zu den Pkw-Stellplätzen für Schwerbehinderte ist nach den Abschnitten 1 und 2 zu gestalten.

7. Öffentliche Fernsprechstellen

Der Zugang zu öffentlichen Fernsprechstellen sollte so gestaltet werden, daß Rollstuhlbenutzer unmittelbar bis zum Fernsprechapparat gelangen können. Bei Fernsprechstellen, die nicht durch Seitenwände begrenzt sind, ist der unmittelbare Zugang am ehesten gewährleistet.

8. Beschilderung

Für die Beschilderung (siehe Abschnitt 5.4 und 6.3) ist das im Bild dargestellte internationale Bildzeichen zu verwenden³⁾.



2) Damit wird auf Krankenfahrstühle Rücksicht genommen. Starre Selbstfahrer mit Armhebelantrieb haben eine Länge von 210 cm.

3) Die Darstellung entspricht nur der grafischen Gestaltung. Für die technische Ausführung gilt DIN 30 600 Blatt 496 (z. Z. noch Entwurf).

Hinweise auf weitere Normen

DIN 18 024 Blatt 2 Bauliche Maßnahmen für Behinderte und alte Menschen im öffentlichen Bereich; Planungsgrundlagen; Öffentlich zugängliche Gebäude (z. Z. noch Entwurf)

DIN 18 025 Blatt 1 Wohnungen für Schwerbehinderte; Planungsgrundlagen; Wohnungen für Rollstuhlbenutzer

DIN 18 025 Blatt 2 Wohnungen für Schwerbehinderte; Planungsgrundlagen; Wohnungen für Blinde und wesentlich Sehbehinderte